



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Myanmar

2016

Amnesty International begrüßt den Entwurf einer neuen Rechtsordnung für die Gefängnisse Myanmars, der seit Juli 2015 im Parlament beraten wird. Er verspricht eine signifikante Verbesserung der Lage Inhaftierter, die bislang einem hohen Risiko der Folter und Misshandlung ausgesetzt waren. Es ist ermutigend, dass an den Beratungen Parlamentarier der neuen Regierungspartei National League for Democracy mitwirken, die in der Vergangenheit selber im Gefängnis saßen und dort zum Teil gefoltert oder misshandelt wurden.

In der nördlichen Provinz Rakhine, die mehrheitlich von der moslemischen Bevölkerungsgruppe der Rohingyas bewohnt wird, gingen nach einem Angriff bewaffneter Rebellen auf drei Polizeistationen am 9. Oktober 2016 Regierungstruppen mit massiver Gewalt gegen Zivilisten vor. Zahlreiche Augenzeugen berichteten Amnesty International, dass Regierungstruppen wahllos auf Rohingyas schossen. In einem verlässlich dokumentierten Fall wurden in einem Dorf drei Personen, darunter ein 13-jähriger Junge, aus ihren Häusern geholt und erschossen. Belegt ist auch ein Angriff mit Hubschraubern am 12. November, bei dem Menschen beschossen wurden, die in Panik flohen. Die Augenzeugenberichte verdichten sich darüber hinaus zu dem Bild systematischer Folter und Misshandlung, Vergewaltigung, Plünderung und willkürlicher Inhaftierung.

Die legitime Gegenwehr der Regierungstruppen gegen Gewalttaten von Rebellen rechtfertigt nicht diese schweren Menschenrechtsverletzungen.

Im Dezember 2016 behauptete das Außenministerium Myanmars, das seit März von der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi (National League for Democracy) geleitet wird, dass die Berichte von Amnesty International über die Menschenrechtsverletzungen an Rohingyas auf haltlosen Gerüchten beruhten. Diese Behauptung ist unzutreffend. Obwohl das Militär Myanmars die Provinz Rakhine abgeriegelt hat, lässt sich ein verlässliches Bild der dortigen Situation gewinnen. Amnesty International hat mit zahlreichen Flüchtlingen aus Myanmar in Bangla Desh und telefonisch auch mit Rohingyas, die in Rakhine geblieben sind, gesprochen und ihre Aussagen mit Satelliten-Aufnahmen abgeglichen. Die übereinstimmenden Zeugenaussagen von Personen, die keinen Kontakt zueinander haben, und der Vergleich mit Satelliten-Aufnahme sind ein hinreichender Beleg für die gravierenden Menschenrechtsverletzungen durch Regierungstruppen.